

# Bundestagswahl 2017

[Startseite](#) > [Aktuelles](#) > Bundestagswahl 2017

## Themenauswahl zur Bundestagswahl 2017

### Kritik am Euro

Der Euro ist (wie zuvor die D-Mark) ein staatliches Geld. Er ist außerdem das einzige vom Staat zugelassene Geld. Somit handelt es sich um ein Monopol. Monopole haben sich immer als nachteilig für den Verbraucher erwiesen.

Beim Euro legen der Staat bzw. die EZB die Geldmenge (über EZB-Käufe von Staatsanleihen, die Festlegung der Mindestreservesätze u.a.) und den Preis des Geldes (den Zins) weitgehend fest. Das wichtigste Gut der Volkswirtschaft wird planwirtschaftlich gesteuert. Der Autor Roland Baader hat das als „Geldsozialismus“ bezeichnet.

Planwirtschaft hat bisher nie funktioniert. Im Falle des Euros zeigt sich dieses Nicht-Funktionieren in Inflation, Eurokrise, Bankenkrisen und Verschuldungskrisen.

Wenn der Euro an Wert verliert, weil zusätzliches Geld geschaffen wird, dann ist dies de facto eine Steuer. Eine Steuer die wir alle seit Jahren bezahlen, durch steigende Preise und den Wertverlust unserer Ersparnisse.

Eine Steuer, die vor allem die Ärmern hart trifft. Wer nahezu sein gesamtes Einkommen für Konsum ausgeben muss, dem schaden steigende Preise am meisten.

Neben der Steuer haben wir auch noch eine Lohnkürzung, denn ein Wertverlust des Euros bedeutet logischerweise auch einen Wertverlust der in Euro bezahlten Löhne.

Der Ökonom Ludwig von Mises brachte es einmal folgendermaßen auf den Punkt:

„Das Wichtigste ist, zu verstehen, dass Inflation kein Akt Gottes ist, dass sie keine Naturkatastrophe ist und keine Krankheit. Inflation ist eine politische Strategie.“



Die Partei der Vernunft steht für eine grundlegende Reform des Geld- und Finanzsystems. Nach der Lehre des Nobelpreisträgers Friedrich August von Hayek bedeutet dies das Zulassen alternativer Geldformen. Historisch sind Gold und Silber die beliebtesten und stabilsten Geldformen gewesen. Der Staat darf nicht länger bestimmen, welches Geld die Bürger als Zahlungsmittel annehmen müssen. Wenn die Menschen hier frei wählen, setzt sich automatisch das wertstabilste Geld durch (Gresham'sches Gesetz). Das Geldmonopol entfällt.



## Sichere Sparguthaben

Derzeit werden alle Einlagen bei einer Bank sofort zu einem Kredit für diese Bank. Wir plädieren für eine Trennung von Spar- und Investitionskonten. Sparkonten dürfen von einer Bank nicht angerührt werden und stehen auch außerhalb der Bilanz der Bank. Geht eine Bank Pleite, so sind die Sparkonten einfach auf eine andere Bank zu übertragen. Bei den Investitionskonten geht man das Risiko als Kreditgeber bewusst ein.

## Ein einfaches Steuersystem ist gerechter

Wir stehen der Erhebung von Steuern grundsätzlich kritisch gegenüber.

Jeder Mensch hat ein Recht darauf, über seinen eigenen Körper zu verfügen und damit auch über die Früchte seiner Arbeit und seiner Lebenszeit. Steuern zu erheben, bedeutet für den einzelnen Bürger immer, dass ihm nicht nur ein Teil seines Geldes genommen wird, sondern es bedeutet auch den Verlust



seiner Freiheit, da er nicht mehr selbstständig bestimmen kann, wofür er sein Geld investiert. Daher ist uns die drastische Reduzierung der Steuerlast ein besonders wichtiges Anliegen.

Das deutsche Steuerrecht zeichnet sich durch seinen gigantischen Umfang aus. Bücherweise Gesetzestexte sind selbst von Steuerfachleuten nicht mehr zu überschauen. Die Partei der Vernunft steht für einfache, nachvollziehbare Gesetze. Anfangen wollen wir mit einem transparenten Einkommensteuerrecht.

Der Teil des Einkommens, der den Grundfreibetrag übersteigt, wird mit einer Flat-Tax von maximal 15 % besteuert. Die genaue Höhe der Flat-Tax wird von den einzelnen Bundesländern festgelegt, so dass ein Steuerwettbewerb zu Gunsten der Bürger entsteht. Die Zahl der Ausnahmeregelungen werden wir deutlich reduzieren. Den Solidaritätszuschlag schaffen wir sofort ab.

Langfristig streben wir die komplette Abschaffung der Einkommenssteuer an.

Neben der Reform der Einkommenssteuer werden wir indirekte Steuern wie Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer usw. senken oder abschaffen. Wir streben an, Steuern durch zweckgebundene Abgaben zu ersetzen.

Zur Finanzierung der Steuerreform werden wir Subventionen stufenweise und gleichmäßig („Rasenmäher-Methode“) auf Null reduzieren. Wir prüfen die Auflösung von Ministerien und Behörden wie dem Bundeswirtschaftsministerium und wir beenden Kriegseinsätze der Bundeswehr (z.B. in Afghanistan).

## Für ein Europa der Freiheit.

Die Partei der Vernunft steht für das Zusammenleben in Frieden und Freundschaft in Europa.

Die Niederlassungsfreiheit innerhalb der Europäischen Union sowie den freien Personen- und Güterverkehr sehen wir als große Errungenschaft in der Überwindung staatlicher Freiheitseinschränkungen, die unbedingt zu bewahren sind.

Die Europäische Union hat sich abseits dieser Errungenschaften zu einem bürokratischen Monstergebilde und massivem Einfallstor für Lobbyismus entwickelt. Die meisten in Deutschland neu erlassenen Gesetze werden inzwischen von der EU vorgegeben. Die Brüsseler EU-Behörden zeichnen sich dabei durch eine besondere realitäts- und bürgerferne Politik aus. Verordnungen wie das durch



massive Lobbyarbeit der Lampenindustrie zustande gekommene Glühbirnenverbot oder Subventionen für eine Skipiste auf der Ostseeinsel Bornholm sind nur die Spitze des Eisbergs.

Im Zuge der Eurokrise wird einzelnen Mitgliedstaaten der EU inzwischen direkt diktiert, was diese zu tun haben. Dies führt zu Spannungen und nationalem Ressentiment.

Die Partei der Vernunft möchte diesen Entwicklungen die freiwillige Zusammenarbeit der Regionen entgegen setzen. Statt von oben diktiertem Beschlüssen kann jede Region selbst entscheiden, ob sie sich an einer Maßnahme beteiligt. Darüber hinaus muss es jeder Region möglich sein diese Entscheidungen auch wieder zu revidieren. Statt einer zentralistischen Gleichmacherei stehen wir für den Wettbewerb um die besten Ideen. Das ohnehin nicht nach demokratischen Standards gewählte EU-Parlament wird durch die Entscheidung regionaler Parlamente überflüssig und kann abgeschafft werden. Ebenso können die EU-Kommission und der größte Teil der EU-Behörden ersatzlos entfallen. Darüber hinaus muss eine Rückkehr zu den Maastricht-Verträgen erfolgen, nach denen kein Land für ein anderes haftet.

Die meisten Ausgaben der EU fließen in Subventionen. Diese werden wir vollständig abschaffen. Sollten die anderen EU-Staaten eine Abschaffung der Subventionen nicht mittragen, so werden wir darauf bestehen, dass die Länder, die die Subventionen beibehalten wollen, vollständig für deren Finanzierung aufkommen.

Nach dieser Reform können die Mitgliedsbeiträge und ebenso die Umlagen der EU-Länder aus den Mehrwertsteuern komplett entfallen. Die verbleibenden Kosten der EU können durch die Einnahmen aus den Zöllen an den EU-Außengrenzen gedeckt werden. Es bleibt sogar noch Spielraum für eine Absenkung der Zölle.

Sofern die angestrebte Reform der EU nicht möglich ist, ist eine privilegierte Partnerschaft einer Vollmitgliedschaft vorzuziehen. Wir sehen die EU in erster Linie als eine Institution, die den freien Handel von Gütern, Dienstleistungen und die Niederlassungsfreiheit innerhalb der Mitgliedsstaaten gewährleistet.





## Freiheit ist sozial, ökologisch und gerecht

Andere Parteien, Medien, Gewerkschaften, Kirchen etc. rufen unisono nach noch mehr staatlichen Gesetzen, Vorschriften und Eingriffen. Dabei ist es nach Jahrzehnten derartiger Interventionspolitik mit vermeintlich guten Absichten doch mehr als offensichtlich, dass diese Politik zum Gegenteil der erwünschten Ziele geführt hat und das genau diese Politik für die Zunahme der Probleme gerade in der letzten Zeit verantwortlich ist.

Wenn die Ursache der genannten Probleme somit primär in staatlichem Handeln und Intervenieren zu sehen ist, so kann die Lösung nur darin bestehen, staatliche Eingriffe und Vorschriften zu reduzieren. Wir können allen Bürgern garantieren, dass die hier beschriebene freiheitliche Politik bei einer konsequenten Umsetzung und bei im Detail zu findenden Übergangsregelungen gleichzeitig sozialer, gerechter, fairer und auch ökologischer ist als all die Bemühungen unserer Vorgänger.



---

**Weitere Themen zur Bundestagswahl**



## **Asyl und Flüchtlinge – Klare Grenzen**

Dies verbinden wir mit dem Selbstbestimmungsrecht der Kommunen. Es ist unzulässig wenn eine Kommune gezwungen werden kann mehr Flüchtlinge aufzunehmen als Sie Mittel und Wege hat unterzubringen. Wenn eben eine Kommune sagt, nicht mehr als 10 Flüchtlinge dann ist das eine Grenze die nicht überschritten werden darf. Eine Finanzierung der Einwanderung durch Steuern lehnen wir ab. Die PDV vertritt eine Politik der offenen, jedoch kontrollierten Grenzen.

## **Mietpreisbremse – Ein ökonomischer Fehlschuss**

Die Mietpreisbremse ist auch wieder eine Subvention für diejenigen die eine Mietwohnung bewohnen, auf Kosten der Anbieter dieses Wohnraums. Da die Preise nicht mehr frei nach oben beweglich sind, fehlt für die Anbieter jeder Anreiz für mehr Wohnraum zu sorgen, damit wird die Wohnungsnot noch verschärft.

## **Vom Mindestlohn zur Arbeitslosigkeit**

Für die PDV gibt es keinen Grund für einen Mindestlohn. Arbeit ist ein zu erwerbendes Gut wie jedes andere Produktionsmittel auch. Somit ist es auch klar, ein Mindestlohn wirkt immer nachfrage-mindernd, d.h, der Mindestlohn führt zu mehr Arbeitslosigkeit die dann wieder über die Sozialleistungen auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.

---

## **Direkte Demokratie einführen**

Demokratie bedeutet Herrschaft des Volkes, und nicht Herrschaft von Repräsentanten. Es muß dem Souverän möglich sein, die Aktionen seiner Angestellten zu billigen oder auch zu verwerfen.

## **Rundfunkgebühren abschaffen**

Es gibt heute keinen Grund mehr für einen öffentlich rechtlichen Rundfunk. Es steht ARD und ZDF frei sich Kunden zu suchen wie jedem anderen Programmanbieter. Faktisch handelt es sich auch um eine staatliche Wettbewerbsverzerrung.

## **Schluss mit dem Soli**



Es wurde uns von der Regierung versprochen diese Steuer sei nur eine temporäre für den Aufbau Ost, nach dem dieser abgeschlossen wurde, hat die Regierung ihr Wort gebrochen und diese Steuer beibehalten. Wir als PDV wollen diese Steuer abgeschafft sehen.

---

